**Bundesregierung setzt auf Mut zur Lücke beim Arbeitsschutz**

**Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage „Arbeits- und Gesundheitsschutz in Deutschland“ (Drs. 19/09517) von Jutta Krellmann u.a. und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag**

**Zusammenfassung:**

Die Bundesregierung sieht auf Nachfrage der Fraktion DIE LINKE keine Notwendigkeit für eine Anti-Stress-Verordnung und verweist stattdessen auf bestehende Instrumente des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, wie zum Beispiel die Gefährdungsbeurteilung (BT-Drs. 19/8159).

Von den **Gefährdungsbeurteilungen**, die durch die Arbeitsaufsicht der Länder kontrollierten wurden, waren knapp 60 Prozent „nicht angemessen“ oder „nicht durchgeführt“; etwa 40 Prozent wurden „angemessen durchgeführt“ (Zeitraum 2014-2018). In knapp der Hälfte der Betriebe in Deutschland wurde eine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt. Der Anteil ist 2011 und 2015 mit knapp der Hälfte konstant geblieben. In etwa jedem fünften Betrieb wurde 2015 eine Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastungen durchgeführt. Der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Gefährdungsbeurteilung lag 2015 bei 80 Prozent. Psychische Belastungen wurden dabei für weniger als der Hälfte der Beschäftigten berücksichtigt.

Eine **Fachkraft für Arbeitssicherheit (Sifa)** muss nach Aussage der Bundesregierung auf Grund des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) von allen Betrieben bestellt werden. 2015 hatten weniger als die Hälfte der Betriebe eine Sifa bestellt, 2011 waren es noch knapp mehr als die Hälfte. Der Anteil der Beschäftigten, die in Betrieben mit Sifa arbeiten, ist 2011 und 2015 mit knapp 80 Prozent konstant geblieben. In neun von zehn Betrieben mit Betriebs- und Personalrat wurde eine Sifa bestellt und in weniger als 6 von 10 Betrieben ohne Betriebsrat- und Personalrat.

Der Anteil der Betriebe mit Unterstützung durch einen **Betriebsarzt** ist von 2011 auf 2015 von 40 Prozent auf 35 Prozent gesunken. Wurden 2011 noch 74 Prozent der Beschäftigten durch einen Betriebsarzt betreut, waren es 2015 nur 72 Prozent. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte mit arbeitsmedizinischer Fachkunde ist zwischen 2008 und 2017 nahezu unverändert geblieben (+2 Prozent). Im selben Zeitraum ist die Zahl der Erwerbstätigen laut Statistischem Bundesamt von knapp 41 Millionen auf knapp 44 Millionen angestiegen (+8,4 Prozent). Im Jahr 2017 hatte die Hälfte aller Arbeitsmediziner in Deutschland das Rentenalter erreicht und war 65 Jahre oder älter.

Die Bundesregierung will 2020 die nächste Betriebsbefragung im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) starten, um den Deckungsgrad von Gefährdungsbeurteilungen, Fachkräften für Arbeitssicherheit und Betriebsärzten zu ermitteln.

**O-Ton Jutta Krellmann, MdB, Sprecherin für Mitbestimmung und Arbeit, DIE LINKE im Bundestag:**

*„Mut zur Lücke, dass scheint das skandalöse Motto der Bundesregierung beim Arbeitsschutz zu sein. Bestehende Gesetze werden willentlich unterlaufen, indem Kontrolleure wegrationalisiert werden. Die Bundesregierung muss die Beschäftigten endlich wirksam schützen. Wir brauchen mehr Personal beim Arbeitsschutz und eine Anti-Stress-Verordnung. Arbeitgeber, die beim Gesundheitsschutz sparen, müssen knallhart zur Rechenschaft gezogen werden. Hierzu gilt es die betriebliche Mitbestimmung zu stärken. Eine starke Interessenvertretung ist wichtig für guten Arbeits- und Gesundheitsschutz“.*

**Hintergrund:**

Psychische Erkrankungen sind in Deutschland auf dem Vormarsch. Die Anzahl der Krankentage auf Grund von psychischen und Verhaltensstörungen hat sich zwischen 2007 und 2017 von knapp 48 auf 107 Millionen mehr als verdoppelt, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, im Deutschen Bundestag hervorgeht (Bundestagsdrucksache 19/8159).

Seit Jahren fordern die Gewerkschaften mit einer Anti-Stress-Verordnung auf diese Entwicklung zu reagieren (IG Metall 2012: https://t1p. de/lnqk). Die Bundesregierung sieht dagegen keine Notwendigkeit für eine solche Verordnung und verweist auf bestehende Instrumente des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wie die Gefährdungsbeurteilung (Bundestagsdrucksache 19/8159).

Die Gefährdungsbeurteilung gilt als zentrales Element im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und bildet die Grundlage für ein systematisches und erfolgreiches Sicherheits- und Gesundheitsmanagement (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin - BAuA 2019, Quelle: https://t1p.de/mdf4). Seit dem Jahr 2014 fordert das Arbeitsschutzgesetz explizit die Berücksichtigung der psychischen Belastung in der Gefährdungsbeurteilung.

Eine weitere Säule des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Deutschland ist das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG). Arbeitgeber werden verpflichtet Fachleute zu bestellen, die dafür Sorge tragen, dass die Vorgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Betrieb eingehalten werden, auch in Hinblick auf psychische Erkrankungen.

**Ergebnisse im Einzelnen:**

* **Der Anteil der Betriebe in denen eine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt wurde ist von 2011 auf 2015 von 51% auf 52% angestiegen (s. Frage 1):**
	+ Nach Branchen :
		- Nahrungsmittelerzeugung: 72% auf 50%
		- Bau, Energie, Abfall: 59% auf 63%
		- Produktionsgüter: 68% auf 77%
		- Investitions- und Gebrauchsgüter: 68% auf 74%
		- Verbrauchsgüterproduktion, Kfz-Reparatur und Großhandel: 50% auf 56%
		- Verkehr und Lagerei: 59% auf 67%
		- Einzelhandel und Gastgewerbe: 48% auf 50%
		- Kommunikations- Finanz- und sonstige Dienstleistungen: 37% auf 37%
		- Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: 36% auf 39%
		- Erziehung und Unterricht: 56% auf 63%
		- Gesundheits- und Sozialwesen: 64% auf 58%
		- Öffentliche Verwaltung: 69%% auf 84%
	+ Nach Bundesländern:

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Bundesland |
|   | SH | HH | NI | HB | NW | HE | RP | BW | BY | SL | BE | BB | MV | SN | ST | TH |
| 2011 | 54% | 36% | 55% | 49% | 51% | 47% | 53% | 49% | 44% | 52% | 49% | 62% | 59% | 62% | 57% | 57% |
| 2015 | 55% | 52% | 54% | 50% | 50% | 53% | 53% | 56% | 47% | 54% | 45% | 63% | 60% | 50% | 68% | 55% |

* **Der Anteil der Betriebe bei denen psychische Belastungen bei der Gefährdungsbeurteilung berücksichtigt wurden lag 2015 bei 22% (s. Frage 1):**
	+ Nach Branchen
		- Nahrungsmittelerzeugung: 7%
		- Bau, Energie, Abfall: 19%
		- Produktionsgüter: 30%
		- Investitions- und Gebrauchsgüter: 27%
		- Verbrauchsgüterproduktion, Kfz-Reparatur und Großhandel: 22%
		- Verkehr und Lagerei: 28%
		- Einzelhandel und Gastgewerbe: 17%
		- Kommunikations- Finanz- und sonstige Dienstleistungen: 17%
		- Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: 17%
		- Erziehung und Unterricht: 41%
		- Gesundheits- und Sozialwesen: 39%
		- Öffentliche Verwaltung: 41%
	+ Nach Bundesländern:

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Bundesland |
|   | SH | HH | NI | HB | NW | HE | RP | BW | BY | SL | BE | BB | MV | SN | ST | TH |
| 2015 | 23% | 30% | 26% | 27% | 18% | 25% | 20% | 24% | 17% | 26% | 18% | 23% | 24% | 20% | 34% | 25% |

* **Der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Gefährdungsbeurteilung ist von 2011 und 2015 von 79% auf 80% angestiegen (s. Frage 2):**
	+ Nach Branchen
		- Nahrungsmittelerzeugung: 88% auf 74%
		- Bau, Energie, Abfall: 76% auf 78%
		- Produktionsgüter: 95% auf 97%
		- Investitions- und Gebrauchsgüter: 93% auf 95%
		- Verbrauchsgüterproduktion, Kfz-Reparatur und Großhandel: 73% auf 81%
		- Verkehr und Lagerei: 83% auf 82%
		- Einzelhandel und Gastgewerbe: 66% auf 67%
		- Kommunikations- Finanz- und sonstige Dienstleistungen: 72% auf 69%
		- Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: 68% auf 71%
		- Erziehung und Unterricht: 73% auf 75%
		- Gesundheits- und Sozialwesen: 85% auf 85%
		- Öffentliche Verwaltung: 94% auf 93%
	+ Nach Bundesländern:

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Bundesland |
|   | SH | HH | NI | HB | NW | HE | RP | BW | BY | SL | BE | BB | MV | SN | ST | TH |
| 2011 | 76% | 76% | 81% | 82% | 82% | 78% | 76% | 78% | 75% | 78% | 78% | 84% | 80% | 83% | 82% | 82% |
| 2015 | 77% | 81% | 81% | 84% | 80% | 81% | 77% | 81% | 78% | 78% | 74% | 84% | 80% | 76% | 85% | 80% |

* **Der Anteil an Beschäftigten in Betrieben mit Gefährdungsbeurteilungen bei denen psychische Belastungen berücksichtigt wurden lag 2015 bei 46% (s. Frage 2):**
	+ Nach Branchen
		- Nahrungsmittelerzeugung: 28%
		- Bau, Energie, Abfall: 39%
		- Produktionsgüter: 60%
		- Investitions- und Gebrauchsgüter: 58%
		- Verbrauchsgüterproduktion, Kfz-Reparatur und Großhandel: 42%
		- Verkehr und Lagerei: 51%
		- Einzelhandel und Gastgewerbe: 29%
		- Kommunikations- Finanz- und sonstige Dienstleistungen: 40%
		- Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: 41%
		- Erziehung und Unterricht: 44%
		- Gesundheits- und Sozialwesen: 65%
		- Öffentliche Verwaltung: 58%
	+ Nach Bundesländern:

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Bundesland |
|   | SH | HH | NI | HB | NW | HE | RP | BW | BY | SL | BE | BB | MV | SN | ST | TH |
| 2015 | 46% | 55% | 51% | 58% | 45% | 50% | 41% | 45% | 48% | 44% | 43% | 48% | 38% | 41% | 50% | 44% |

* **Es liegen keine aktuelleren Daten (als von 2015) aus einer repräsentativen GDA-Betriebsbefragung vor.** Durchgeführt werden könnte eine (GDA-Betriebs-)-Befragung nach derzeitigem Stand im Jahr 2020 (s. Frage 2b mit Verweis auf Drs. 19/8688).
* **Kontrolle der Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen** durch die zuständige Arbeitsaufsicht der Länder (s. Frage 3):
	+ Es liegen lediglich Daten für die Bundesländer Hessen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen vor und nur für bestimmte Jahre:
	+ Insgesamt (gerundet für 2014 – 2017 bzw. 2018): 4.912 von 11.674 kontrollierten Gefährdungsbeurteilungen wurden angemessen durchgeführt (ca. 42%), 4.417 nicht angemessen (ca. 38%), 2.403 nicht durchgeführt (ca. 21%)
		- Hessen (2014-2018): 1.364 von 5.971 kontrollierten Gefährdungsbeurteilungen wurden angemessen durchgeführt (ca. 23%), 2.749 nicht angemessen (ca. 46%), 1.505 nicht durchgeführt (ca. 25%)
		- Sachsen-Anhalt (2014-2017): 675 von 1.250 kontrollierten Gefährdungsbeurteilungen wurden angemessen durchgeführt (ca. 54%), 425 nicht angemessen (ca. 34%), 150 nicht durchgeführt (ca. 12%)
		- Baden-Württemberg (2014-2018): 1.822 von 3.096 kontrollierten Gefährdungsbeurteilungen wurden angemessen durchgeführt (ca. 59%), 826 nicht angemessen (ca. 27%), 448 nicht durchgeführt (ca. 15%)
		- Bremen: (2015-2018): ca. 319 von 807 kontrollierten Gefährdungsbeurteilungen wurden angemessen durchgeführt (ca. 38%), ca. 239 nicht angemessen (ca. 30%), ca. 212 nicht durchgeführt (ca. 26%)
		- Meck.-Vorpom. (2014-2017): 284 von 550 kontrollierten Gefährdungsbeurteilungen wurden angemessen durchgeführt (ca. 52%), 178 nicht angemessen (ca. 32%), 88 nicht durchgeführt (ca. 16%).
* Bei der Frage nach den **Lücken bei der Erfassung der Kontrollen der Gefährdungsbeurteilung**, verweist die Bundesregierung auf eine Stellungnahme des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (s. Frage 4):
* Eine **gesonderte Auswertung der wegen nicht oder unvollständig durchgeführten Gefährdungsbeurteilungen eingeleiteten Verwaltungsmaßnahmen** sowie der eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren mit verhängtem Bußgeld **wird in den Ländern** **nicht erstellt** (s. Frage 5 sowie BT-Drs. 19/7218).
* Die Bundesregierung erklärt im Zusammenhang mit der Tatsache, dass in Deutschland im Durchschnitt nur alle 20 Jahre eine Arbeitsschutzkontrolle durchgeführt wird (Dr. 19/6041) (s. Frage 6):
	+ „Die Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen ist Aufgabe der Länder (Art. 30 und Art. 83 Grundgesetz (GG), § 21 Arbeitsschutzgesetz).
	+ Die Bundesregierung wirkt im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) darauf hin, dass durch das gesetzlich vorgegebene abgestimmte Vorgehen der für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden und der Unfallversicherungsträger bei der Beratung und Überwachung der Betriebe eine qualitativ hochwertige Erfüllung der Aufgaben der Arbeitsschutzaufsicht erreicht wird“.
* Betriebsräte haben das zwingende Mitbestimmungsrecht Gefährdungsbeurteilungen mitzugestalten (3 87 Absatz 1 Nr. 7 BetrVG) (s. Frage 7):
	+ In 78,9 % der Betrieb von 2014/2015 in einer WSI-Studie befragten Betriebsräte wurde eine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt
	+ Die Bundesregierung hält die bestehenden Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates im Zusammenhang mit der Gefährdungsbeurteilung für ausreichend
* **Nach Aussage der Bundesregierung** (Verweis auf das ASiG) **müssen in Deutschland alle Arbeitgeber bestellen**, entsprechend den europarechtlichen Vorgaben und unabhängig von der Betriebsgröße sowie der Gefährdungslage im Betrieb (s. Frage 8).
* **Der Anteil der Betriebe, die sich durch eine Fachkraft für Arbeitssicherheit unterstützen lassen, ist von 2011 und 2015 von 51 Prozent auf 48 Prozent gesunken (s. Frage 9):**
	+ Nach Branchen:
		- Nahrungsmittelerzeugung: 54% auf 42%
		- Bau, Energie, Abfall: 46% auf 46%
		- Produktionsgüter: 59% auf 60%
		- Investitions- und Gebrauchsgüter: 67% auf 65%
		- Verbrauchsgüterproduktion, Kfz-Reparatur und Großhandel: 53% auf 61%
		- Verkehr und Lagerei: 68% auf 72%
		- Einzelhandel und Gastgewerbe: 41% auf 41%
		- Kommunikations- Finanz- und sonstige Dienstleistungen: 49% auf 37%
		- Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: 38% auf 38%
		- Erziehung und Unterricht: 67% auf 62%
		- Gesundheits- und Sozialwesen: 75% auf 58%
		- Öffentliche Verwaltung: 89% auf 93%
	+ Nach Bundesländern:

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Bundesland |
|   | SH | HH | NI | HB | NW | HE | RP | BW | BY | SL | BE | BB | MV | SN | ST | TH |
| 2011 | 51% | 50% | 54% | 51% | 51% | 50% | 54% | 49% | 46% | 53% | 50% | 59% | 85% | 59% | 53% | 57% |
| 2015 | 53% | 46% | 50% | 51% | 46% | 46% | 48% | 45% | 49% | 48% | 40% | 52% | 54% | 49% | 64% | 54% |

* **Der Anteil der Beschäftigte, die in Betrieben arbeiten, die sich durch eine Fachkraft für Arbeitssicherheit unterstützen lassen ist von 2011 und 2015 von 81 % auf 80% gesunken (s. Frage 10):**
	+ Nach Branchen:
		- Nahrungsmittelerzeugung: 80% auf 75%
		- Bau, Energie, Abfall: 70% auf 72%
		- Produktionsgüter: 94% auf 93%
		- Investitions- und Gebrauchsgüter: 92% auf 93%
		- Verbrauchsgüterproduktion, Kfz-Reparatur und Großhandel: 80% auf 82%
		- Verkehr und Lagerei: 90% auf 89%
		- Einzelhandel und Gastgewerbe: 61% auf 62%
		- Kommunikations- Finanz- und sonstige Dienstleistungen: 78% auf 74%
		- Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: 73% auf 71%
		- Erziehung und Unterricht: 80% auf 79%
		- Gesundheits- und Sozialwesen: 92% auf 87%
		- Öffentliche Verwaltung: 97% auf 98%
	+ Nach Bundesländern:

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Bundesland |
|   | SH | HH | NI | HB | NW | HE | RP | BW | BY | SL | BE | BB | MV | SN | ST | TH |
| 2011 | 75% | 81% | 81% | 84% | 82% | 82% | 80% | 81% | 78% | 77% | 81% | 84% | 84% | 84% | 80% | 83% |
| 2015 | 80% | 81% | 80% | 84% | 79% | 81% | 76% | 79% | 81% | 77% | 81% | 80% | 80% | 79% | 86% | 81% |

* **In Betrieben mit Betriebs- oder Personalrat gab es 2015 mit 91% häufiger eine Fachkraft für Arbeitssicherheit (Sifa), als in Betrieben ohne mit 58% (s. Frage 13):**
	+ Mit Betriebs-Personalrat (2011):
		- Alle: 91%
		- 1-9: 76%
		- 10-49: 93%
		- 50-249: 97%
		- ≥ 250: 99%
	+ Ohne Betriebs-Personalrat (2011):
		- Alle: %
		- 1-9: %
		- 10-49: %
		- 50-249: %
		- ≥ 250: %
	+ Mit Betriebs-Personalrat (2015):
		- Alle: 88%
		- 1-9: 76%
		- 10-49: 87%
		- 50-249: 96%
		- ≥ 250: 99%
	+ Ohne Betriebs-Personalrat (2015):
		- Alle: 58%
		- 1-9: 48%
		- 10-49: 67%
		- 50-249: 93%
		- ≥ 250: 95%
* **Anteil der Betriebe, die sich durch einen Betriebsarzt unterstützen lassen, ist von 2011 bis 2015 von 40% auf 35% gesunken (s. Frage 14):**
	+ Nach Branchen
		- Nahrungsmittelerzeugung: 36% auf 20%
		- Bau, Energie, Abfall: 39% auf 27%
		- Produktionsgüter: 65% auf 69%
		- Investitions- und Gebrauchsgüter: 54% auf 54%
		- Verbrauchsgüterproduktion, Kfz-Reparatur und Großhandel: 37% auf 42%
		- Verkehr und Lagerei: 57% auf 56%
		- Einzelhandel und Gastgewerbe: 27% auf 27%
		- Kommunikations- Finanz- und sonstige Dienstleistungen: 37% auf 23%
		- Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: 24% auf 23%
		- Erziehung und Unterricht: 52% auf 50%
		- Gesundheits- und Sozialwesen: 71% auf 63%
		- Öffentliche Verwaltung: 85% auf 89%
	+ Nach Bundesländern:

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Bundesland |
|   | SH | HH | NI | HB | NW | HE | RP | BW | BY | SL | BE | BB | MV | SN | ST | TH |
| 2011 | 38% | 35% | 46% | 45% | 38% | 39% | 39% | 40% | 37% | 49% | 36% | 44% | 47% | 41% | 50% | 41% |
| 2015 | 36% | 39% | 38% | 38% | 30% | 40% | 34% | 40% | 34% | 37% | 31% | 45% | 37% | 30% | 40% | 37% |

* + Der Anteil der Betriebe 2015 mit externem Betriebsarzt (95%) ist deutlich höher als der Anteil der Betriebe mit internem Betriebsarzt (5%)
* **Der Anteil der Beschäftigten in Betrieben, die sich durch einen Betriebsarzt unterstützen lassen, ist zwischen 2011 und 2015 von 74% auf 72% gesunken(s. Frage 15):**
	+ Nach Branchen:
		- Nahrungsmittelerzeugung: 71% auf 56%
		- Bau, Energie, Abfall: 63% auf 54%
		- Produktionsgüter: 94% auf 92%
		- Investitions- und Gebrauchsgüter: 89% auf 91%
		- Verbrauchsgüterproduktion, Kfz-Reparatur und Großhandel: 72% auf 72%
		- Verkehr und Lagerei: 83% auf 78%
		- Einzelhandel und Gastgewerbe: 47% auf 50%
		- Kommunikations- Finanz- und sonstige Dienstleistungen: 71% auf 64%
		- Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen: 63% auf 59%
		- Erziehung und Unterricht: 63% auf 68%
		- Gesundheits- und Sozialwesen: 89% auf 88%
		- Öffentliche Verwaltung: 96% auf 97%
	+ Nach Bundesländern:

|  |  |
| --- | --- |
| Jahr | Bundesland |
|   | SH | HH | NI | HB | NW | HE | RP | BW | BY | SL | BE | BB | MV | SN | ST | TH |
| 2011 | 71% | 76% | 75% | 76% | 73% | 77% | 71% | 75% | 73% | 77% | 75% | 76% | 75% | 71% | 79% | 72% |
| 2015 | 71% | 76% | 74% | 76% | 71% | 75% | 65% | 75% | 69% | 71% | 67% | 73% | 64% | 67% | 74% | 72% |

* Der Anteil der Beschäftigten in Betrieben 2015 mit externem Betriebsarzt (92%) ist deutlich höher als der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit internem Betriebsarzt (8%)
* **Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte mit arbeitsmedizinischer Fachkunde ist von 2008 bis 2017 von 12.271 auf 12.545 angestiegen (+2%) (s. Frage 16):**
	+ Veränderungen bei den Arbeitsmedizinern nach Altersgruppen von 2008 bis 2017:
		- ≤ 35: von 39 (0,3%) auf 45 (0,4%)
		- 35-50: 2.816 (23%) auf 1.574 (22%)
		- 50-65: 4.992 (41%) auf 4.695 (37%)
		- ≥ 65: 4.424 (36%) auf 6.231 (50%)
* Die Bundesregierung verfügt über **keine konkreten Erkenntnisse zur Entwicklung des betriebsärztlichen Betreuungsbedarfs** nach Betriebsgrößen und Branchen, aufgrund der Vielzahl an Faktoren und Möglichkeiten sowie der notwendigen Bewertung im einzelnen Betrieb (s. Frage 17).
* Die Anzahl der **Anordnungen der Gewerbeaussicht der Länder zur Arbeitsschutzorganisation** sind von 1.601 in 2007 auf 2.609 in 2017 angestiegen (+63%) (s. Frage 18):
	+ Anordnungen zur Arbeitsschutzorganisation nach Jahren:

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
| 1.601 | 2.223 | 2.152 | 2.491 | 2.841 | 3.306 | 3.294 | 2.784 | 1.903 | 2.603 | 2.609 |

* Es gibt keine statistische Erfassung der Höhe von Bußgeldern im Ordnungswidrigkeitsverfahren nach § 20 ASiG (s. Frage 19).
* Über eine Anpassung der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (DGUV Vorschrift 2) wird derzeit beraten (s. Fragen 20 und 21).
* Nach Aussage der Bundesregierung obliegt es den Arbeitgebern, auf erforderliche Fortbildungen der Fachkräfte für Arbeitssicherheit hinzuwirken bzw. diese zu ermöglichen (s. Frage 22).